



Klubenquete zum Thema Kampf für Steuergerechtigkeit

Entwicklungspolitische Effekte von Steuern nicht unterschätzen!

Unfaire Steuerpraktiken haben viele Erscheinungsformen, wie Steuerflucht, Steuervermeidung oder Steuerhinterziehung. Rechtlich reicht die Bandbreite von legal bis schwerkriminell. Gemeinsam ist ihnen, dass die arbeitenden Menschen und die fair wirtschaftenden Unternehmen die Zeche zahlen.

Die EU-Kommission unter Barroso schätzte den Steuerausfall für die EU pro Jahr auf unfassbare 1.000 Milliarden Euro, etwa 150 Milliarden Euro davon entfallen auf Gewinnverschiebung in Länder außerhalb der EU, 850 Milliarden Euro auf Steuerhinterziehung. Gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung macht das 2,3 Prozent aus.

Steuern und Entwicklungsländer

Bei der Klubenquête habe ich den Workshop „Auswirkungen von Steuertrickereien auf den globalen Süden“ moderiert. Als Expertin hat uns Martina Neuwirth vom vidc Input gegeben. Auch Entwicklungs- und Schwellenländer sind von Steuervermeidungspraktiken massiv betroffen. Die UN schätzt, dass diesen jährlich 100 Milliarden US-Dollar durch unsaubere Steuermoral von transnationalen Unternehmen entgehen. Wir haben in meinem Workshop einige Punkte erarbeitet, wie es gelingen kann, dass Multis

ihr Steuern dort zahlen, wo die wirtschaftlichen Tätigkeiten tatsächlich stattfinden. Hier einige Ideen die wir in der Gruppe erarbeitet haben:

Es muss Transparenz etwa durch ein öffentlich zugängliches und rechtlich verbindliches Register der wirtschaftlich Begünstigten geschaffen werden.

Fehlendes Know How beim Aufbau von robusten Steuersystemen in Ländern des Globalen Südens muss verringert werden, indem ExpertInnen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene unterstützt werden.

Die ökonomische Alphabetisierung in Österreich soll vorangetrieben werden.



Bei der Präsentation der Workshopergebnisse

Alle Länder müssen auf gleichberechtigter Ebene an den relevanten Entscheidungsprozessen beteiligt sein (etwa im Rahmen des Steuer-Komitees, das bei den Vereinten Nationen angesiedelt ist).

SDGs und Steuern

Auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals –SDGs) gehen in einigen Zielen auf die Bedeutung von Steuern und die gleichberechtigte Teilhabe von allen Ländern an Entscheidungsprozessen ein. Das SDG 16.4. schreibt etwa eine signifikante Reduktion von rechtswidrigen Finanzflüssen bis 2030 vor. Im Ziel 16.8 ist die Partizipation von Entwicklungsländern in der globalen Regierungsführung vorgesehen. Österreich hat sich 2015 zur Umsetzung der SDGs bekannt.

Umfassende Informationen über Enquet, die dort geladenen ExpertInnen sowie Videomitschnitte gibt es auf der Seite des Parlamentsklubs:
www.klub.spoe.at

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte direkt an mich unter:
petra.bayr@spw.at

Pressekonferenz: Kampf gegen Genitalverstümmelung intensivieren

Der 6. Februar ist der internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung

Anlässlich des Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) am 6. Februar forderte ich einmal mehr stärkeres Engagement von Seiten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gegen diese Praxis. Wir nutzen den 6. Februar nun schon seit 14 Jahren, um konsequent auf diese Form der Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen, unseren Fokus auf die Ursachen zu richten und unser Engagement für ein Ende dieser Praxis zu stärken.

FGM in Partnerländern der OEZA

In zwei von vier afrikanischen Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), in Äthiopien und Burkina Faso, wird FGM massiv praktiziert. Österreich darf nicht zusehen, sondern muss aktiv Energie und Gelder aufwenden, um seinen Anteil im Kampf gegen diese Praxis zu leisten. Die Austrian Development Agency muss in dieser Frage wieder stärker aktiv werden. Derzeit wird lediglich ein kleines Projekt unterstützt, das sich des Themas FGM annimmt.

Äthiopien

An 74% aller Frauen und Mädchen zwischen 15 und 49 Jahren wurde FGM durchgeführt, wobei die östlichen Teile des Landes, Afar und Somali, stärker betroffen sind. Erfreulicherweise sind nur 31% aller Befragten der Ansicht, dass FGM weiter praktiziert werden soll, 69% sprechen sich für ein Ende der grausamen Tradition aus. Diese Entwicklung spiegelt sich so wider: nur 24% aller weiblichen 0-14 Jährigen sind verstümmelt. Im Vergleich zu 74% der 15-49 Jährigen bedeutet das einen drastischen Rückgang.

In Äthiopien wurde 2004 eine nationale Gesetzgebung verabschiedet, die FGM unter allen Umständen verbietet.

Burkina Faso

Das westafrikanische Burkina Faso ist Heimat von über 17 Millionen Menschen. 60,5% bekennen sich zum Islam, 23,2% zum Christentum und 15,3% haben indigene Glauben.

In Burkina Faso sind 76% aller Frauen und Mädchen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren von FGM betroffen. Mehr als die Hälfte aller genitalen Verstümmelungen passiert vor dem 5. Lebensjahr des Mädchens. Nur 9% aller Mädchen und Frauen, denen FGM bekannt ist, sind der Meinung, dass diese Praxis weiter durchgeführt werden sollte.

Bereits im Jahr 1996 wurde ein Gesetz verabschiedet, das FGM verbietet.

FGM in Österreich

Auch in Österreich sind Frauen betroffen: Laut einer EU-Studie wurde etwa 20 Frauen wegen der Gefahr vor FGM Asyl in Österreich gewährt. Generell ist die Datenlage zu akuter Bedrohung und Verbreitung in Österreich aber mangelhaft, es wird auf Schätzungen zurückgegriffen. Auch hier habe ich bei der Pressekonferenz gefordert, dass es verlässliche Daten braucht, um das Problem effektiv zu bekämpfen.

FGM weltweit

Laut Angaben von UNICEF sind weltweit etwa 200 Millionen Mädchen und Frauen von FGM betroffen und müssen mit den körperlichen und psychischen Folgeschäden leben. Die Praxis ist in 29 afrikanischen und arabischen Staaten sowie in Indonesien verbreitet – mehr als die Hälfte der Betroffenen lebt in nur drei Ländern: Indonesien, Ägypten und Äthiopien. Es ist aber angesichts dieser erschütternden Zahlen positiv zu werten, dass rund zwei Drittel der Männer und Frauen in den betroffenen Ländern sich für das Verbot von FGM aussprechen.



Umyma El-Jelede, Daniela Marianne Dörfler von FEM SÜD

Abg.z.NR Petra Bayr und Hilde Wolf von FEM Süd

Wiedereinführung der Global Gag Rule

Überparteiliche Gruppe zu reproduktiver und sexueller Gesundheit und Rechten ist aktiv

Am 23. Januar 2017 unterzeichnete US-Präsident Donald Trump ein Dekret zur Wiederherstellung der „Global Gag Rule“. Diese Anordnung verweigert jede US-Finanzierung für globale Gesundheits- und Familienplanungsorganisationen, wenn diese Informationen oder Beratung zum Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung stellen, selbst wenn der Abbruch in diesem Land legal ist.

Fatale Folgen

Die Global Gag Rule wird verheerende Auswirkungen auf die ärmsten Frauen der Welt haben. Das Streichen der Förderungen für internationale Organisationen bedeutet, dass viele Leistungen, vor allem in Ländern mit niedrigem Einkommen, auch in Bezug auf HIV-Prävention, Müttergesundheitsversorgung, Abgabe von Verhütungsmitteln und Beratung über die Risiken der Zika-Infektion nicht mehr sichergestellt werden können. Denn trotz der bisherigen massiven Mittel aus den USA (etwa 600 Millionen US-Dollar jährlich) haben etwa 225 Millionen Frauen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln, obwohl sie gerne verhüten möchten.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass täglich etwa 830 Frauen an vermeidbaren Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt sterben. Zika- & HIV- Erkrankungen und die Rate der Müttersterblichkeit werden sicher wieder steigen.

Darüber hinaus wird die Global Gag Rule, aufgrund der engen Verflechtungen zwischen Gesundheit und Armut von

Frauen, Umweltverschmutzung und vor allem durch erzwungene Migration negative Auswirkungen, auch nach Österreich, haben.

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten der parlamentarischen Gruppe für reproduktive Gesundheit und Rechte habe ich einen Brief an Bundesminister Kurz gesendet. In diesem fordern wir ihn auf, die mutige Kampagne SHE DECIDES finanziell und ideell zu unterstützen. Die niederländische Entwicklungshilfe

und Rechte im nationalen und internationalen Kontext. Die überparteiliche Gruppe wurde im Jahr 2000 gegründet und besteht derzeit aus 9 ParlamentarierInnen. Seit Beginn fungiert die Österreichische Gesellschaft für Familienplanung als Sekretariat der Gruppe, um die ParlamentarierInnen über die Entwicklungen im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte auf nationaler und internationaler Ebene in regelmäßigen Abständen zu informieren.



Ministerin Lilianne Ploumen hat die Initiative mit dem Ziel ins Leben gerufen, die durch die Global Gag Rule ausfallenden Mittel zu kompensieren. So soll sichergestellt werden, dass Millionen Menschen nicht den Zugang zu Angeboten der Gesundheitsvorsorge und Familienplanung durch Wegfall von etwa 600 Mio. Dollar US-Finanzhilfen verlieren.

Überparteiliche Zusammenarbeit

Die oben angesprochene österreichische parlamentarische Gruppe für reproduktive und sexuelle Gesundheit und Rechte engagiert sich für die Verbesserung der reproduktiven und sexuellen Gesundheit

Ziele der parlamentarischen Gruppe:

- Verbesserung der sozialen Stellung von Frauen und Mädchen
- Stärkung der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und Rechte im nationalen und internationalen Kontext
- parlamentarische Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung insbesondere im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und Rechte im Rahmen der EZA
- die Erhöhung des Budgets der Entwicklungszusammenarbeit (multi- und bilateral)

Benefizlesung der Vagina Monologe im ega

Keine Gewalt an Frauen!

Am 2. Februar veranstalteten wir im ega im Rahmen der V-Day Kampagne die Lesung der Vagina Monologe von Eve Ensler. Der V-Day ist eine weltweite Bewegung von AktivistInnen mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen zu beenden. Aus mehr als 200 Interviews mit Frauen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Lebensrealitäten hat die Autorin eine Sammlung einzigartiger Texte zusammengestellt. Sie geben Einblick in individuelle Geschichten, Gefühls- und Erfahrungswelten von Frauen. So reichen die Beschreibungen von einer Vergewal-

tigung in Bosnien über die ersten sexuellen Erfahrungen einer jungen Frau bis hin zu Erzählungen einer über 70jährigen. Die einzelnen Monologe sind dabei von unterschiedlichem Tenor, mal ernst, poetisch oder humoristisch. Für mich



war es nicht das erste Mal, das ich einen Monologe gelesen habe, aber es ist immer wieder spannend, denn jeder Text berührt auf seine eigene Art und Weise.

Die Lesung der Vagina Monologe wird stets zu Gunsten einer Organisation abgehalten, die sich für Frauen einsetzen. Diesmal haben wir zugunsten der Organisation Footprint, die sich gegen die drastische Menschenrechtsverletzung des Frauenhandels einsetzt und Betroffene von Frauenhandel und/oder Gewalt unterstützt, gelesen.

Gedenkveranstaltung: Jetzt Zeichen Setzen

72 Jahre nach Kriegsende: Kein Wiedererstarken von Ideologien der Ungleichwertigkeit!

Heuer jährte sich die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager des NS-Regimes zum zweiundsiebzigsten Mal. Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis „Jetzt Zeichen setzen“ haben wir der Opfer des Holocausts gedacht und an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnert.

Am 27. Jänner 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Die Befreiung erfolgte zu spät – viel zu spät. Bis dahin wurden in Auschwitz 1,1 Millionen Menschen von österreichischen und deutschen Nazis ermordet: mehr als 1 Million Menschen, die als Jüdinnen und Juden verfolgt wurden, 21.000 Angehörige von Roma-Gruppen, 15.000 sowjetische Kriegsgefangene und mehr als 80.000 aus politischen und anderen Gründen nach Auschwitz Deportierte. Stellvertretend

für alle Orte des Holocausts wurde das Datum der Auschwitz-Befreiung von der UNO als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust ausgerufen. Auch 72 Jahre nach der Befreiung tragen wir eine gesellschaftliche Verantwortung für das Geschehene und wollen daran erinnern, damit so etwas nie wieder

geschehen kann. Doch wir wollen nicht nur Verantwortung für die Vergangenheit übernehmen, sondern auch in der Gegenwart und für unsere Zukunft. Wir müssen laut sein, wenn

Menschen ausgegrenzt, wenn Schwache

ihrer Menschenrechte beraubt, wenn Menschen instrumentalisiert werden.

Am 27. Jänner setzten wir bei einer Kundgebung am Heldenplatz ein Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus, Menschenhass und Ausgrenzung.



Bei der Kundgebung am Heldenplatz